



Bereit zum Arbeitseinsatz der Vasbecker Dorfjugend: Um solche ehrenamtlichen Aktionen unbürokratisch zu unterstützen, sollen die Diemelseer Ortsbeiräte ein eigenes Budget erhalten. Das beantragte die SPD im Parlament. FOTO: KARL SCHILLING

„Direkte Ansprechpartner“

Diemelseer SPD-Fraktion beantragt eigenes Budget für die Ortsbeiräte

Diemelsee – Erhalten auch die 13 Ortsbeiräte in Diemelsee ab 2027 für kleinere Projekte in ihren Dörfern ein eigenes Budget? Das beantragte die SPD-Fraktion. Die Gemeindevertreter verwiesen das Thema nach kurzer Diskussion einstimmig in ihren Haupt- und Finanzausschuss, der in der November-Sitzung eine Beschlussempfehlung abgeben soll.

SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Kalhöfer-Köchling warb mit Verve für den Antrag. Die Ortsbeiräte und Ortsvorsteher seien die unmittelbaren Ansprechpartner der Diemelseer. „Sie kennen die örtlichen Verhältnisse und wissen häufig am besten, um was mit vergleichsweise geringen Mitteln konkrete Verbesserungen erreicht werden

können.“ Das eigene Budget stärke sie und könne zugleich die Gemeindeverwaltung entlasten: „Nicht jede kleinere Angelegenheit eines Ortsteils muss im Rathaus im Einzelnen entschieden werden.“

Kalhöfer-Köchling schlug zehn Euro pro Einwohner und Jahr sowie einen Grundbetrag pro Dorf vor. Über die Verwendung solle der Ortsbeirat entscheiden. Die politische Grundsatzentscheidung solle noch vor den Haushaltsberatungen fallen, forderte er. Das Geld könne dann im Etat für 2027 eingeplant werden. Zuvor seien die 13 Ortsbeiräte anzuhören.

In einer möglichst einfachen Richtlinie solle der Gemeindevorstand festsetzen, wofür

das Geld verwendet werden darf. Die finanzielle Abwicklung solle über die Gemeindeverwaltung laufen. Die SPD will die Gelder verwendet sehen für den Materialkauf bei ehrenamtlichen Arbeitseinsätzen oder einer Dorfaktion, für Jubiläen, Gedenkfeiern oder Ehrungen, für eine Sitzbank oder für Blumenkübel, für Verschönerungsarbeiten, für Blumenschmuck und Grünpflege oder für Projekte zur Förderung der Dorfgemeinschaft.

„Ich verstehe den Antrag nicht, ich halte ihn für unnötig“, sagte Sonja Witsch von den Freien Wählern. Die Ortsbeiräte hätten seit Jahren die Möglichkeit, ihre Wünsche „auf dem kurzen Dienstweg“ bei der Gemeinde zu melden

und erhielten dann das Geld.

„Das Budget war ein Wunsch aus der Bevölkerung“, entgegnete Sozialdemokratin Jutta Franke. Es gebe den Ortseiräten mehr Eigenverantwortung: „Man muss auch einfach mal neue Wege gehen.“ Die Hessische Gemeindeordnung erlaube das Budget, es gebe Kommunen, die es eingeführt hätten, erklärten Bürgermeister Volker Becker und Kalhöfer-Köchling. Becker schlug vor, das Thema bei den Sitzungen zur Haushaltssanierung anzusprechen und im Ältestenrat zu behandeln. Auch bei einer Versammlung der Ortsvorsteher habe er es schon thematisiert. Kalhöfer-Köchling beantragte schließlich, im Ausschuss weiter zu beraten.